



Protokoll der 32. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. Januar 2004, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Marie-Theres Beeler, Jürgen Hänggi, Pascal Wyss, Andreas Zbinden

| Traktanden | Laufnummer |
|--|-------------------|
| 1. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen Verkehrs <i>Erledigt</i> | 03/159 |
| 2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Führungsinstrumente der Verwaltung <i>://: Zur Kenntnis genommen</i> | 04/164 |
| 3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Begegnungszone im Stedtli <i>://: Antrag der BPK zugestimmt</i> | 03/162 |
| 4. Bericht des Stadtrates betreffend Jahresprogramm 2004 <i>://: Zur Kenntnis genommen</i> | 03/160 |
| 5. Bericht des Stadtrates zur Motion Nr. 03/134 der FDP-Fraktion für ein Informations- und Strategiekonzept zur Bahn 2000 <i>://: Bildung einer stadträtlichen Kommission zur Kenntnis genommen</i> <i>://: Motion abgeschrieben</i> | 03/134 |
| 6. Bericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 99/273 von Lukas Ott vom 24. November 1999 betreffend engere Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden <i>://: Postulat abgeschrieben</i> | 99/273 |
| 7. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend <i>://: An den Stadtrat überwiesen</i> | 03/163 |
| 8. Fragestunde | |

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ersten Einwohnerratssitzung des Jahres 2004.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Ein Gegenbesuch aus Onex findet auf Einladung des Stadtrates am Fasnachtssonntag, 29. Februar, statt. Es ist erwünscht, dass an verschiedenen Programmpunkten Vertreter des Einwohnerrates teilnehmen. Sicher wird Elisabeth Augstburger den ganzen Sonntag dabei sein. Weitere Interessentinnen und Interessenten sollen sich bitte beim Ratspräsidenten Paul Finkbeiner oder bei Elisabeth Augstburger melden.
- Das Büro berät in der Pause über den Bericht des Stadtrates zur Motion Nr. 03/130 von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Einführung von Blockzeiten. Es geht darum, ob das Büro das Geschäft der Dringlichkeit wegen direkt an eine Kommission überweisen soll.
- Es wird darum gebeten, bei jedem Votum das Mikrofon einzuschalten, da sonst keine Aufnahme auf dem Videoband zu hören ist.
- Margrit Siegrist von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GPK) erhält das Wort. Sie teilt mit, die GPK habe im Juni 2003 den Auftrag erhalten, den Sachverhalt Sekundarschulhäuser und Annuitäten zu klären und im Einwohnerrat darüber zu berichten. Aus verschiedenen Gründen sei es zu Verzögerungen gekommen; die Sachlage sei sehr kompliziert. Die benötigten Unterlagen seien zum Teil mit Verspätung eingetroffen, und Gespräche seien verschoben worden. Deshalb sei die GPK noch zu keinem Ergebnis gekommen. Der Bericht werde aber spätestens bis April vorliegen.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsident Marc Lüthi orientiert über den aktuellen Stand betreffend Stimmrechtsbeschwerdeverfahren Danowski gegen den Baselbieter Regierungsrat und diverse Privatpersonen. Wie bekannt sei, habe Marian Danowski auf unlautere Weise Kandidatinnen und Kandidaten gesucht und für die Einwohnerratswahlen eine Liste zusammengestellt. Die betreffenden Kandidaten und Kandidatinnen hätten sich gewehrt und beim Regierungsrat Beschwerde gegen diese Liste eingereicht. Marian Danowski habe daraufhin Beschwerde gegen einen Entscheid der Regierung beim Kantonsgericht eingereicht. Es sei zu betonen, dass nur Herr Danowski Beschwerde gegen diesen Entscheid eingereicht habe, keines der Mitglieder von jener Liste. Der Präsident des Kantonsgerichts habe in einem laufenden Nebenverfahren bereits festgehalten, dass Herr Danowski keine Beschwerdelegitimation besitze, unter dem Aspekt des fehlenden aktiven und passiven Stimmrechts dieser Person. Das Kantonsgericht werde am 17. März über die Beschwerde befinden. Es sei davon auszugehen, dass die Beschwerde wegen der fehlenden Legitimation gegenstandslos werde. Die Wahlen würden durchgeführt, und er hege keinerlei Bedenken, dass der Einwohnerrat sich wie vorgemerkt und geplant konstituieren könne. Zum Ablauf des Wahlsonntags vom 08.02.2004: Man werde mit 70 bis 80 Leuten im Wahlbüro arbeiten. Bis etwa 16 Uhr sollten die Resultate der Stadtratswahlen vorliegen. Der Wahlbüropräsident werde die Kandidatinnen und Kandidaten anrufen und diesen die Wahlresultate bekanntgeben. Man rechne damit, dass man bis 18 Uhr mit der Auszählung der übrigen Wahlresultate fertig sei. Die Parteienvertreter seien auf 18.30 Uhr ins Rathaus eingeladen. Diesen werde alsdann eine Dokumentation mit sämtlichen Wahlresultaten abgegeben. Auf 18.45 Uhr werde zu einer Medienorientierung eingeladen.

Stadtrat Lukas Ott informiert über den geplanten Schulprovisoriumsbaus "Rotackerschulhaus". Die vom Stadtrat im Grundsatz verabschiedete Vorlage sei vom Kanton als Vertragspartner allerdings noch zu behandeln. Der Stadtrat habe den Regierungsrat darauf hingewiesen, dass die Vorlage zeitlich dränge, da die provisorische Raumlösung bis zum Sommer 2004 realisiert werden müsse.

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Astrid Basler
- Hans Brodbeck
- Adrian Mächler

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen beantragt.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Astrid Basler betreffend Verschiebung Termin Einwohnerrats- und Stadtratswahlen ab Jahr 2008 (Nr. 04/165)

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 17. Dezember 2003

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Seite 819, oberste Zeile, Bericht der BPK zum Voranschlag 2004 (Trakt. 1):

... In der BPK wurde festgestellt, dass es hier eine Kostenbeteiligung des Kantons gebe. ...

289 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen Verkehrs (Nr. 03/159)

Stadtrat Werner Kunz erklärt, 80 von 85 Gemeinden kritisierten den Leistungsauftrag für den öffentlichen Verkehr. Gemäss einer Umfrage des Basellandschaftlichen Gemeindeverbandes aus dem Jahr 2000 werde dieser Leistungsauftrag als ungerecht, nicht transparent und kompliziert angesehen. Unverständlich sei auch, dass Diepflingen und Rümelingen 160 Franken pro Einwohner bezahlten, Allschwil hingegen 90 Franken, Arlesheim 91 Franken oder Pratteln 95 Franken berappe. Die Hauptlast des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Liestal betrage 1,337 Millionen oder rund 104 Franken pro Einwohner. Insgesamt begännen 13 Buslinien am Bahnhof, und es gebe 31 Haltestellen auf Liestaler Boden, wobei sich ein Teil dieser Haltestellen direkt an den Aussengemeinden befinde - relativ günstig für die Aussengemeinden, aber ungünstig für Liestal. Wenn man am Bahnhof zu den Hauptverkehrszeiten beobachte, wie die Busse verkehrten, werde einem bewusst, wie viele Leute Liestal frequentierten. Von den Aussengemeinden würden Bus und Bahn in erheblichem Umfang benützt. Auch die Prognos-Studie habe gezeigt, dass die Stadt Liestal erheblich mehr bezahle als die Aussengemeinden. Ausserdem zahle sie im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr als sie müsste. Bei einer Änderung des Verteilschlüssels würde ein Ausgleich zwischen Zentrums- und Aussengemeinden stattfinden. Es sei auch zu bedenken, dass mehr Leistung mehr koste. Ein Viertelstunden-Takt für den Regionalbus in Liestal würde rund 15 Prozent Mehrkosten mit sich bringen.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt er wie folgt Stellung:

Um wie viel Prozent höher sind die Prokopfbeiträge Liestals als diejenigen der Nachbargemeinden Lausen, Bubendorf, Seltisberg, Arisdorf, Frenkendorf und Füllinsdorf?

Liestal zahlt 20 Prozent mehr als Lausen, 18 Prozent mehr als Bubendorf, 22 Prozent mehr als Seltisberg, 29 Prozent mehr als Arisdorf, 22 Prozent mehr als Frenkendorf, 18 Prozent mehr als Füllinsdorf und 27 Prozent mehr als Lupsingen. Im Durchschnitt zahlt Liestal rund 25 Prozent mehr als die Aussengemeinden an den öffentlichen Verkehr. Es handelt sich umgerechnet um rund CHF 200'000.-, die anders verteilt werden müssten.

Wie und auf welchem Zeitpunkt müssen respektive können die Grundlagen für die Berechnung der Gemeindebeiträge neu erarbeitet werden, so dass bei der Lastenverteilung grössere Gerechtigkeit verwirklicht wird?

Die Abteilung für den öffentlichen Verkehr der Bau- und Umweltschutzdirektion befasst sich mit diversen Vorschlägen zur Neugestaltung dieses Kostenverteilungsschlüssels. Sie befasst sich auch mit vielen anderen Dingen wie der Verbesserung des Regionalbuskonzepts. Die Grundlagen werden derzeit erarbeitet. Später soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, in der Mitglieder des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden vertreten sein werden. Wenn das Papier abgeschlossen ist, erfolgt eine Vernehmlassung bei den Gemeinden. Dann hat die Stadt Liestal auch die Möglichkeit, Einfluss nehmen.

Ist dazu eine Gesetzesänderung nötig, oder kann dies in einem neuen Leistungsauftrag korrigiert werden?

Eine Gesetzesänderung ist nötig. Neben dem Verteilschlüssel werden auch andere Anliegen einfließen, wie behindertengerechter Verkehr, Videoüberwachung und so weiter.

Welche Bemühungen hat der Stadtrat schon unternommen, um eine Korrektur zu veranlassen?

Der Stadtrat hat schon einiges unternommen. Beispielsweise hatte er direkten Kontakt mit dem Amt für öffentlichen Verkehr und auch mit Regierungsrätin Elsbeth Schneider. Zweitens hat der Stadtrat via Gemeindeverband ein Schreiben geschickt, in dem er festgehalten hat, dass Liestal mit dem Verteilschlüssel nicht einverstanden sei und dass dieser im neuen Leistungsauftrag zugunsten der Gemeinden mit Zentrumsfunktionen abzuändern sei. Im Landrat läuft ausserdem eine Motion, die dieselbe Problematik aufgreift. Fast alle Zentrumsgemeinden haben das Problem, dass der öffentliche Verkehr immer teurer wird.

Kann der Stadtrat Vorschläge unterbreiten, wie bei der Berechnung der Gemeindebeiträge grössere Gerechtigkeit erzielt werden könnte? Wie sehen diese allenfalls aus?

Es gibt viele Modelle, wie es anders aussehen könnte. Die geplante Arbeitsgruppe wird Modelle erschaffen, und der Gemeindeverband wird sich dazu äussern können. Sicher müsste man die Haltestellen-Abfahrten in Liestal anders bewerten. Die Haltestellen in den Aussengemeinden müsste man höher gewichten als bisher, und die Abfahrten vom Bahnhof Liestal müssten auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt werden.

Wie kann der Einwohnerrat die Bemühungen des Stadtrates unterstützen?

Die Interpellation ist ein Teil der Unterstützung. Ausserdem hat der Stadtrat mit einigen Landräten aus unserer Region diesbezüglich Kontakt.

Ernst Burkhardt (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, erklärt sich davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, es sei gut, das ungerechte Bewertungssystem einmal darzulegen. Es basiere auf mehreren Faktoren. Er habe zwei Linien des öffentlichen Verkehrs herausgepflückt, um die Zahlen genauer zu betrachten, die Lupsinger Linie und die Seltisberger Linie. Die bewerteten Abfahrten seien ein Faktor. Dort liege die Hauptungerechtigkeit. Er habe die Zahl der bewerteten Abfahrten bei den Linien 72 und 73 genauer angeschaut. Man müsste denken, diese Postauto-Linien seien in erster Linie für die Bewohner dieser Gemeinden da. Natürlich gebe es auch Liestaler, die diese Linien benützten. Es würden Haltestellen und Halte gezählt. Es habe sich gezeigt, dass von 694 sogenannten bewerteten Haltestellen auf diesen beiden Linien 367 Liestal zugeschrieben würden. Das seien 52 Prozent. 48 Prozent blieben für die beiden anderen Gemeinden. Liestal zahle also über 50 Prozent an diese beiden Linien. Es werde nicht untersucht, wieviel Leute wo einsteigen und wie weit sie fahren würden. Es könne beispielsweise sein, dass kaum Liestaler diese Linien benützten, und trotzdem zahle Liestal mehr als 50 Prozent an die Kosten. Es gebe sicher viele Schüler, die nach Liestal fahren würden, und wahrscheinlich eher wenige Liestaler, die in diese Aussengemeinden fahren würden. Er habe auch die Linie 83 angeschaut, die Arisdorf, Hersberg, Giebenach, Augst, Liestal und Pratteln bediene. Liestal sei mit rund 28 Prozent beteiligt, Pratteln mit 29 Prozent, Arisdorf mit 20 Prozent. Bei Liestal sei bereits eine Korrektur vorgenommen worden. Aber die Liestaler würden hier noch immer beträchtlich mehr bezahlen, als sie in Anspruch nehmen würden. Liestal habe in der Zentrumsfrage genau dasselbe Problem wie Basel: Einer Zentrumsgemeinde hänge man allerlei Sachen an, und Verständnis finde sie bei den Aussengemeinden nicht.

Daniel Schwörer (FDP) stellt die Frage, ob Liestal als Zentrumsgemeinde wirklich dazu verdammt sei, die Hauptlast an den Kosten zu tragen. Das Thema Förderung des öffentlichen Verkehrs sei im Grunde genommen ein Aufgabenteilungsthema. Der Kanton wolle zusammen mit den Gemeinden den öffentlichen Verkehr fördern. Doch wie seien die Kosten aufzuteilen? Derzeit gebe es eine Lösung von den Haltestellen her, die auch noch gewichtet würden. Dies sei keine sehr taugliche Lösung. Es brauche erstens einen grossen Verwaltungsaufwand, um zu Resultaten zu kommen, und zweitens seien diese Resultate nicht unbedingt gerecht. Der öffentliche Verkehr sei eine so umfangreiche Aufgabe, dass eine saubere Aufteilung zwischen Kanton und Gemeinden schwierig sei. Es gehe darum, Ungerechtigkeitsgefühle zu minimieren. Man könne sich auch eine Aufteilung von Hard- und Software vorstellen; das bedeute, Haltestellen und Busbetriebe finanziere oder subventioniere der Kanton, die Fahrgäste, sprich U-Abos, würden durch die Gemeinden finanziert. Es gebe eine Reihe von Möglichkeiten, wie man den Trennstrich ziehen könne. Wichtig sei, ihn zu ziehen. Die saubere Aufgabentrennung sei auch für andere Leute ein Thema. Gelterkinden etwa leide mit seinem Postautoknotenpunkt unter demselben Problem wie Liestal. Es gebe im Landrat einen Vorstoss von Christine Mangold aus Gelterkinden. Bewegungen seien im Gang und Liestal solle sich an der Ideensuche für eine bessere Lösung beteiligen. Es seien völlig neue Ideen ins Spiel zu bringen. Er danke Werner Kunz für die umfassende Information.

Bernhard Fröhlich (FDP) fragt, wer bestimme, wo eine Haltestelle hinkomme und wieviele Haltestellen es geben solle, da das Bewertungssystem danach gehe. Man müsse doch diejenigen fragen, die diese Leistung kaufen wollten. Wenn zum Beispiel Lupsingen wünsche, dass es erschlossen werde, dann solle diese Gemeinde sagen, wieviel sie bereit wäre zu bezahlen. Wenn Liestal Dienstleistungen biete, die wesentlich mehr Kosten verursachten, sei gleichzeitig über den Kostenverteiler zu reden. Ob der Ansatz mit den Haltestellen richtig sei, sei zu überprüfen. Liestal solle Vorschläge machen und auch einen gewissen Druck aufsetzen, mit anderen Worten, in die Offensive gehen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

290 G.2.A. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Behörden, Gremien

2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Führungsinstrumente der Verwaltung (Nr. 04/164)

Die GPK hat sich zum Ziel gesetzt, die in den letzten 5 Jahren (1998 – 2002) verwendeten Führungsinstrumente der Stadt Liestal hinsichtlich deren Entwicklung zu erfassen und deren Anwendung zu überprüfen.

Folgende Gegebenheiten begründen diese Zielsetzung:

- Intensiv geführte Debatten im Einwohnerrat hinsichtlich der Finanzlage der Stadt Liestal haben oft zu Fragen in Richtung Organisation (Führung) und Personal (Fluktuation) geführt.
- Die Untersuchung der GPK bezüglich Ausständen von Anschlussbeiträgen für Wasser und Kanalisation zeigte Mängel auf, die sowohl auf organisatorische als auch auf personelle Defizite hindeuteten (Vorlage 02/91 vom 10. April 2002).
- Nach den Beratungen der Amtsberichte 2001 und 2002 stellt sich die Frage, ob verschiedene Vorkommnisse und Ereignisse auf organisatorische Defizite und Führungsmängel zurückzuführen sind, wie z.B.
- Eine hohe Fluktuation im Personalsektor, welche einen Verlust von Know-how verursachte (Amtsbericht 2001; Seiten 1, 13, 17, 39)
- Fehlende Führungsinstrumente wie Ablaufschematas, Manuals, Checklisten (Amtsbericht 2002, Seite 9)
- Mängel in der Informationspolitik. Kommunikationsmöglichkeiten blieben lange Zeit ungenutzt.

Im Zwischenbericht aus dem Jahre 1998 zum Modell Liestal wurde aufgezeigt, dass die Führungsmittel in der Verwaltung den Anforderungen nicht mehr genügen. Der Einwohnerrat nahm von diesem Zwischenbericht zur Führung und Organisation der Stadt Liestal Kenntnis und beauftragte den Stadtrat, die Gemeindeordnung vollständig zu überarbeiten (Vorlage 98/129).

Mit dem Bericht "femmedia" aus dem Jahre 2001 wurde eine Analyse des Modells Liestal durchgeführt und festgestellt, dass unterschiedliche Führungskonzepte vorhanden sind und dass ein grosser Bedarf an Controlling-Instrumenten besteht.

Die GPK vertritt die Auffassung, dass die Stadt aufgrund des Modells Liestal wie auch des Berichts femmedia in den Jahren 2001 und 2002 signalisierte, die Führungsmittel verbessern zu wollen. In den Jahren 1998 - 2000 war in dieser Hinsicht keine Dynamik erkennbar.

Aufgrund dieser Fakten sah sich die GPK veranlasst, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die Angelegenheit zu überprüfen und dem ER Bericht zu erstatten. Der Inhalt dieses Berichts soll eine Gesamtsicht der Führungsinstrumente der Verwaltung der Stadt Liestal darstellen.

Die GPK beantragt dem Einwohnerrat, vom Bericht über die Führungsinstrumente Kenntnis zu nehmen.

Kommissionspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) führt aus, die GPK habe den Auftrag, jedes Jahr den Amtsbericht der Stadt zu prüfen. Dies ermögliche, bereichsübergreifende Probleme sowohl auf der strategischen wie auch auf der operativen Ebene zu erkennen und zu werten. Bei der Beratung des Amtsberichts 2001 habe die GPK festgestellt, dass eine hohe Personalfuktuation zu verzeichnen gewesen sei. Daraus resultiere ein hoher Know-how-Verlust. Viel Personalwechsel habe es 2001 im Stadtbauamt und in der Stadtkanzlei gegeben, im Jahr 2002 in den Zentralen Diensten. Die GPK habe sich gefragt, ob es einen Zusammenhang zwischen der Personalpolitik sowie Organisations- und Führungsmängeln gebe. Im Januar 2003 habe die Kommission beschlossen, dieser Frage nachzugehen. Sie habe sich selbst den Auftrag erteilt, die Führungsinstrumente der Stadt zu überprüfen und dem Einwohnerrat darüber zu berichten.

Der Stadtrat habe 1998 angekündigt, dass neue Führungsinstrumente aufgebaut würden. Im Anschluss daran sei die Stelle eines Stadtverwalters geschaffen und die Gemeindeordnung überarbeitet worden. Fünf Jahre später sei es nun Zeit, zurückzuschauen. Das Ziel der GPK bei der Überprüfung sei gewesen, eine Gesamtsicht der Führungsinstrumente darzustellen, deren Einsatz zu würdigen und Verbesserungspotential aufzuzeigen. Die Ziele der GPK seien leider nur zum Teil erreicht worden; wegen Wechsel von Mandatsträgern und Bereichsleitern sei eine Rückschau auf fünf Jahre nur bedingt möglich gewesen. Die GPK habe sich auf die beiden Ebenen Führung sowie Politik und Strategie beschränkt. Auf die operative Ebene habe sie sich nicht begeben. Der Persönlichkeits- und Datenschutz sei beachtet worden.

Die GPK sei zum Schluss gekommen, dass kein einheitliches Führungsinstrument in der Verwaltung vorhanden sei. Die Ergebnisse zeigten das Gesamtbild der Verwaltung im Jahre 2002 und liessen keine Schlüsse auf einzelne Bereiche zu. Betreffend Führung sei man unter den Stichwörtern "Fundiertes Vorgehen" und "Anwendung" zu erfreulichen Resultaten gekommen. Beim Thema "Überprüfung" hätten sich tiefere Resultate ergeben. Auf der Ebene Politik und Strategie sei man auf Ergebnisse in ähnlicher Grössenordnung gekommen. Aus der Untersuchung leite die GPK verschiedene Folgerungen ab: Über alle Bereiche gesehen mangle es an Koordination; es würden eher zu viele Instrumente angewendet und es existiere kein Führungshandbuch. Die GPK empfehle, ein schlankeres Instrumentarium zu erarbeiten. Es sei ein Führungskonzept zu erstellen, aus dem sich ein einheitliches Führungshandbuch ergebe. Nach zwei Jahren sollten die Führungsinstrumente wieder überprüft werden. Dem Einwohnerrat sei jeweils im Amtsbericht über Stand und Entwicklung der Führungsinstrumente zu berichten. Die GPK hoffe, dass durch mehr Effizienz und Transparenz ein Sparpotential ausgelöst werde. Sie hoffe, eine Basis für den weiteren politischen Prozess geschaffen zu haben.

Stadtpräsident Marc Lüthi betont, das Thema sei für den Stadtrat von grosser Bedeutung. Die Entwicklung der Führung der Stadt Liestal während der vergangenen acht Jahre sei sehr spannend gewesen. Beim Antritt des Stadtrates 1996 habe es keine Führungskultur und -instrumente gegeben. Auch Einwohnerrats-Strukturen seien nicht vorhanden gewesen. Das Stadtpräsidium sei als Nebenamt geführt worden. In vier Phasen seien Änderungen vorgenommen worden. Zuerst habe eine externe Person Führungsunterstützung geleistet. Danach habe Liestal eine Stadtverwalterin eingestellt. In der dritten Phase seien der Stadtpräsident und Bernhard Allemann übergangsmässig für die direkte Führung verantwortlich gewesen. Als Viertes habe der heutige Verwalter Roland Plattner die Führungsverantwortung definitiv übernommen. Jede Phase habe einen Beitrag zur heutigen Situation und zum heutigen Potential geleistet.

Die erste und zweite Phase seien durch das Aufarbeiten der Probleme geprägt gewesen. Da sei Knochenarbeit geleistet worden, die zu wenig wahrgenommen worden sei. In der Phase drei sei der entscheidende Input gekommen: Aufgrund der erkannten Fehler habe die heute gelebte Führungskultur Einzug gehalten. Eine zweite hierarchische Stufe, diejenige der Bereichsleiter, sei einbezogen worden. Mit guten Personalentscheiden sei ein grosses neues Potential entstanden. Die Führungskultur werde jetzt verfeinert. Zusammenfassend könne man sagen, dass sich aus der Negativspirale der früheren Jahre eine Positivspirale entwickelt ha-

be. Der Einwohnerrat sei bis jetzt noch ungenügend in diesen Prozess einbezogen worden. Der GPK-Bericht habe dazu beigetragen, dass die Mitglieder des Einwohnerrates etwas Einblick erhalten hätten. Er sei dankbar für diese Arbeit. Der Bericht sei bis auf Kleinigkeiten unpolitisch, das heisst neutral. Das Qualitätsmanagement werde in Zukunft hohe Priorität haben und die Empfehlungen der GPK seien gut zu integrieren.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Rolf Senn (FDP) sagt, die FDP nehme von dem Bericht der GPK zustimmend Kenntnis. Die Arbeit der Kommission habe zu Beginn viel Skepsis ausgelöst. Man habe zunächst nicht gewusst, mit welcher Haltung die GPK an diese Arbeit herangehen werde. Nach einem Jahr sei klar, dass sehr viel Positives erreicht worden sei. Er habe den Eindruck, Einwohnerrat und Stadtrat bräuchten noch einen Prozess, um einander näher zu kommen und sich gegenseitig trotz getrennter Aufgabenbereiche zu unterstützen. Mit dieser Arbeit sei eine Basis für die Zukunft gelegt worden; man sei sich jetzt im klaren darüber, wo Defizite bestünden und wo man auf einem guten Weg sei.

Elsbeth Meier (SP) hält fest, die SP-Fraktion nehme den Bericht grossmehrheitlich zur Kenntnis. Viel zu diskutieren habe der eingerahmte Abschnitt auf Seite 5 gegeben. Als Mitglied der GPK sei sie selbst dem Projekt von Anfang an sehr positiv gegenüber gestanden. Auch jetzt, wo der Bericht vorliege, könne sie nur sagen, dass sie voll zu dieser Arbeit stehe. Sie empfehle dem Einwohnerrat wärmstens, ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) stellt fest, der Bericht zu den Führungsinstrumenten sei zum Teil positiv, zum Teil negativ ausgefallen. Man sehe nun, wo Doppelspurigkeiten zu vermeiden gewesen wären. Der Stadtrat sei aufgefordert, die negativen Fakten schnell zu verbessern. Es gehe um Steuergelder, die beansprucht würden. Die Fraktion danke für den umfassenden Bericht und nehme ihn gerne zur Kenntnis.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) gibt bekannt, dass auch seine Fraktion für den Bericht danke. Man habe ihn mit Interesse gelesen. Man bedauere, dass es zunächst eine Negativspirale gegeben habe, wie dies Stadtpräsident Marc Lüthi beschrieben habe. Erfreulich sei, dass nach dem Wechsel, als die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat war, eine klare Verbesserung sichtbar geworden sei und dass das Thema Führungsinstrumente die erforderliche Priorität erhalten habe. Hoffentlich gehe es nach den Wahlen im Stadtrat genauso positiv weiter. Die Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Franz Kaufmann (SP) wirft ein, er sei dem Bericht gegenüber von Anfang an skeptisch gewesen. Er halte es für problematisch, wenn eine Kommission sich selbst eine Aufgabe stelle. Die Kommission habe nicht wie beabsichtigt fünf Jahre untersucht, sondern nur ein Jahr; sie habe ihre Zielsetzung klar verfehlt, und aus diesem Grund sei eine gewisse Skepsis gegenüber dem Aussagewert dieses Papiers gerechtfertigt. Man rede immer übers Sparen, hier sei aber Geld verbraten worden. Er wolle den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

://: Der Einwohnerrat nimmt grossmehrheitlich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung Kenntnis vom Bericht der GPK über die Führungsinstrumente der Verwaltung.

291 S.2.6. Verkehrs- und Strassenplanung, Bauprogramme

3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Begegnungszone im Stedtli (Nr. 03/162)

Im Stadtkern von Liestal soll eine Begegnungszone eingerichtet werden. In dieser Zone beträgt die zugelassene Höchstgeschwindigkeit 20 km/h und es gilt ausnahmslos der Rechtsvortritt. Ansonsten ist das Befahren aller Strassen und Plätze wie bis anhin gestattet. Aufgewertet wird der Langsamverkehr (Fussgänger und Velos). Die Fussgänger sind gegenüber den Fahrzeugführern vortrittsberechtigt. Begegnungszonen eignen sich speziell für Kernzonen mit einer gemischten Nutzung und einem starken Publikumsverkehr. Es werden damit Verbesserungen in Bezug auf die Verkehrssicherheit sowie die Wohn- und Aufenthaltsqualität im Stedtli erreicht. Die Kosten von CHF 50'000.00 für die Begegnungszone sind im Finanzplan sowie im Budget für das Jahr 2004 enthalten.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Die Begegnungszone fürs Stedtli wird beschlossen, inklusive dem dafür notwendigen Kredit über CHF 50'000.00.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) verliest eine Stellungnahme der IG Velo bei der Basel vom 15.12.2003 zu den beiden Vorlagen Tempo 30-Zone im Langhagquartier und Begegnungszone im Stedtli.

Kommissionspräsident Hans Brodbeck (FDP) sagt, die BPK habe den Auftrag erhalten, den Bericht des Stadtrates zu prüfen. Die Kommission sei relativ rasch zur Überzeugung gelangt, dass die Begegnungszone realisiert werden solle und könne. Er wolle kurz die wichtigsten Punkte dieser Vorlage erwähnen: In der Rathausstrasse ändere sich nichts, sie bleibe Fussgängerzone. In allen übrigen Strassen des historischen Zentrums komme es zu einem Wechsel des Vortrittsrechts. Heute habe der Verkehr den Vortritt, neu sei den Fussgängern der Vortritt zu gewähren. Die Geschwindigkeit werde auf 20 km/h beschränkt. Die grösste Veränderung gebe es auf der Achse Schützenstrasse/Allee/Seestrasse. Dort habe der Verkehr heute den Vortritt. Das sei offenbar nicht allen klar, denn alles würde dort durcheinandergehen und -fahren. Es existierten beispielsweise auch keine Fussgängerstreifen. Der Verkehr nehme zu, es brauche dort eine neue Ordnung. Vom Einbezug dieser Achse in die Begegnungszone verspreche sich die BPK eine spürbare Verbesserung für die Fussgänger und eine klare Regelung für den fahrenden Verkehr. Eventuell werde auch der Suchverkehr nach Parkplätzen in diesem Gebiet abnehmen. Die Vorlage habe eine Vorgeschichte und sei im Finanzplan und im Budget enthalten. Die BPK verzichte auf eigene Anträge. Die Problemstellen seien mit dem Leiter des Stadtbauamtes besprochen worden. Es gehe vor allem um die Einmündung der Hinterseestrasse in die Seestrasse. Die BPK bitte darum, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, er danke der BPK für die positive Aufnahme der Vorlage. Das Anliegen sei kaum umstritten gewesen, es handle sich auch um keine weltbewegende Sache. Vor allem im Bereich Seestrasse komme es zu einer Änderung. Dem Thema Einmündung Hinterseestrasse werde man viel Sorgfalt widmen. Der Stadtrat schaue die Umwandlung des Stedtlibereichs in eine Begegnungszone auch als Teil einer Bewegung an, die nicht nur durch die Politik, sondern auch durch die Öffentlichkeit und das Geschäftsleben bestimmt werde. Die Strategie vieler Läden in der Rathausstrasse habe sich in der letzten Zeit verändert; sie würden ihr Angebot vermehrt aussen anzeigen und auch auf dem Trottoir darbieten. Dieses Leben wolle die Stadt nicht behindern, sondern durch die Begegnungszone verstärkt ermöglichen.

Susanne Brodbeck (FDP) sagt, ihre Fraktion stimme der Vorlage fast einstimmig zu. Man sei vor allem auf die Ausgestaltung der Seestrasse gespannt. Besondere Achtung gebühre der Einmündung der Hinterseestrasse in die Seestrasse, denn die Hinterseestrasse würde vor allem von Kindergartenkindern benützt. Allenfalls sei auch der Einmündung der Treppe beim Restaurant Stadtmühle besondere Beachtung zu schenken.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, sie spreche für eine Minderheit der Fraktion. Die Schaffung von Begegnungszonen bringe mehr Qualität fürs Publikum, eine Verbesserung des Einkaufszentrums und hohe Verkehrssicherheit, weil die Fussgänger Vortritt hätten. Familien würden sicher lieber in einer Begegnungszone einkaufen. Sehr positiv zu werten sei, dass der Bereich Seestrasse einbezogen werde, da der Fussgängerverkehr zum und vom Bahnhof stark sei. Die Leute könnten sich unter den neuen Umständen länger im Stedtli aufhalten, dadurch gebe es auch mehr Kontakte. Sie danke für die schnelle Bearbeitung der Vorlage durch die Kommission. Eine Minderheit der Fraktion stimme der Begegnungszone im Stedtli zu.

Ernst Burkhardt (SP) berichtet, die Stadt Biel habe vor kurzem den Wakker-Preis erhalten, unter anderem für ihre Begegnungszone. Eine solche Zone bedeute eine hohe Steigerung der Lebensqualität. In der Rathausstrasse werde sich nicht viel ändern. Wichtig erscheine ihm, dass die Trennung von Fussgänger- und Fahrzeugbereich - sprich Trottoirs - mit der Zeit verschwinden würde, denn die Gleichwertigkeit der Verkehrsteilnehmer zeichne sich auch dadurch aus, dass alle die gleiche Verkehrsfläche benützten. Wünschbar wäre, dass man die Begegnungszone auf den Platz oberhalb des Törlis erweitern würde, das heisst, auf den Bereich zwischen Migros und Altstadt. Die SP-Fraktion unterstütze die Begegnungszone Stedtli einstimmig.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) meint, mit der jetzigen Rathausstrasse lebe man sehr gut. Er halte es für besser, zuerst die grösseren Planungsprobleme zu lösen, etwa diejenigen am Platz oberhalb des Törlis. Seine Fraktion sei vor allem nicht einverstanden mit dem Kredit von CHF 50'000.-. Schon für CHF 14'000.- lasse sich ein ganzes Quartier mit Massnahmen ausrüsten. Für Frequenz- und Geschwindigkeitsmessungen im vorgesehenen Bereich seien keine CHF 10'000.- nötig. Aus diesen Gründen sei ein Teil seiner Fraktion gegen die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Peter Furrer (CVP) fügt bei, das Zentrum sollte nicht nur nach Osten oder Süden hin aufgewertet werden, auch im Westen wäre dies angezeigt. Er meine insbesondere den Schleifewehrweg, einen bekannten Schleichweg, der auch in die neue Zone einbezogen werden solle. Dieser Weg habe einen sehr schlechten Belag. Er würde gerne wissen, ob die Absicht bestehe, ihn zu erneuern.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre Fraktion stimme dem Antrag des Stadtrates und der BPK zu. Man freue sich auf die Begegnungszone. Die Fraktion danke dem Stadtrat für die Vorlage. Es sei wichtig, dass Fussgänger und ältere Leute mehr Aufmerksamkeit erhielten. Liestal als Kantonshauptort solle es anderen Gemeinden nachtun, in denen ebenfalls über Temporeduktionen diskutiert würde. Der Schleichverkehr würde sicherlich durch die neue Zone eingedämmt. Wenn das Ganze einmal eingeführt sei, werde man die Tempo 20-Zonen bestimmt nicht mehr missen wollen.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, dem Stadtrat sei bekannt, in welchem Zustand sich der Schleifewehrweg befinde. Der Belag werde nach der Einführung von Tempo 20 erneuert.

://: Der Einwohnerrat stimmt der Schaffung einer Begegnungszone im Stedtli und dem dafür notwendigen Kredit von CHF 50'000.- grossmehrheitlich bei 5 Nein und 2 Enthaltungen zu.

292 B.1.1./F.3.4.3. Jahresprogramm

4. Bericht des Stadtrates betreffend Jahresprogramm 2004 (Nr. 03/160)

Das Geschäft war an der Einwohnerratssitzung vom 17. Dezember 2003 traktandiert. Auf Antrag von Franz Kaufmann (SP) wurde es auf die Sitzung vom 28. Januar 2004 verschoben. Die Zeit von der Zustellung des Jahresprogramms bis zur Dezember-Sitzung sei zu kurz gewesen, um das Programm genügend studieren zu können, war die überwiegende Meinung des Rats.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresprogramm 2004 Kenntnis.

Stadtpräsident Marc Lüthi sagt, er sei überzeugt, dass dieses Instrument für die Zukunft tauglich sei. Im Prinzip sei das Jahresprogramm ein Bestandteil des Prozesses, der heute beschrieben worden sei. Es handle sich um ein anspruchsvolles Papier. Es werde die Aufgabe der Führung der Stadt Liestal sein, hier gegenüber dem Budgetprozess einen gewissen Vorlauf einzuplanen.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, sie gebe zuerst ein Votum im Namen der GPK ab. Das Jahresprogramm sei in einer neuen, übersichtlicheren Form gestaltet. Quervergleiche mit anderen Papieren würden erleichtert. Auch ihre Fraktion begrüsse die neue Darstellung. Viele neue Aufgaben seien in Angriff zu nehmen. Zum Teil handle es sich um hoch gesteckte Ziele. Zwei Punkte wolle die Fraktion herausstreichen. Die Bildung einer Jugendkommission solle geprüft werden. Es sei zu hoffen, dass bei einer allfälligen Zusammensetzung auch die Vereine berücksichtigt würden und dass die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden gesucht würde. Im Bereich Raumplanung würde eine Entlastung des Stedtlis vom Durchgangsverkehr angestrebt. Ihre Fraktion hoffe auf eine baldige Realisierung des Kantinenwegs und auf ein wirksames Verkehrskonzept.

Franz Kaufmann (SP) legt dar, seine Fraktion habe das Programm sehr positiv aufgenommen. Wenn man es mit dem entsprechenden Papier aus dem Jahr 2003 vergleiche, sei dies ein Riesenschritt vorwärts. Der GPK gebühre Anerkennung für ihre wichtigen Inputs zu dieser Grundlage, ebenso Stadtverwalter Roland Plattner, der sich stark engagiert habe. Das Programm sei gut zu lesen. Auch Bezüge seien gut herzustellen, etwa zur Rechnung oder zu den Legislaturzielen. Zwei Dinge seien ihm aufgefallen: Das Thema Kantonshauptort habe man in letzten vier Jahren schwergewichtig behandeln wollen. Er vermisse eine Anmerkung dazu, wie der Stand jetzt am Ende der Legislaturperiode sei. Das Zweite sei der Zwischenbericht zur Motion von Pascal Porchet zu den ÖW-Zonen vom vergangenen September. Ein öffentliches Mitwirkungsverfahren sei in Aussicht gestellt worden, von dem man aber im Jahresprogramm nichts erfahre. Dies sei lediglich als Anregung zu verstehen.

Peter Schäfer (FDP) fügt bei, das umfangreiche Jahresprogramm sei gut lesbar. Es beinhalte die notwendigen Informationen, vor allem Hinweise auf die Rechnung und das Budget. Es stelle ausserdem die Grundlage für den Amtsbericht dar. Seine Fraktion spreche hiermit dem Stadtrat und der Verwaltung Dank und Anerkennung aus. Das Führungsinstrument diene als roter Faden für den Stadtrat und die Verwaltung. Der hohe Detaillierungsgrad sei erfreulich. Es sei zu hoffen, dass das Programm umgesetzt werde, ohne Budgetposten zu sprengen. Seine Fraktion sei für Kenntnisnahme.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) erklärt, auch seine Fraktion habe das Jahresprogramm mit grossem Interesse gelesen und sei sehr darüber erfreut gewesen. Auch seine Fraktion sei für Kenntnisnahme.

Elsbeth Meier (SP) sagt, zum Thema Blockzeiten habe sie etwas anzufügen. Sie habe sich übergangen gefühlt, weil ihr Postulat aus dem Jahr 2001 nicht im Jahresprogramm erwähnt sei, im Gegensatz zur Motion von Bernhard Fröhlich. Immerhin habe ihr Postulat den Anstoss zur Einführung der Blockzeiten gegeben.

Stadtrat Heiner Karrer erläutert, im Frühling gebe es eine weitere Phase der Ortsplanung. Die ÖW-Zone bilde darin einen zentralen Teil. Die Verhandlungen mit dem Kanton seien angelaufen. Bisher seien sie sehr erfreulich verlaufen. Der Stadtrat wünsche sich auch, dass die Fragen des Verkehrskonzepts endlich beantwortet würden. Man warte auf die Einladung des Kantons.

://: Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresprogramm 2004 einstimmig Kenntnis.

293 V.1.1. Bahnen

5. Bericht des Stadtrates zur Motion Nr. 03/134 der FDP-Fraktion für ein Informations- und Strategiekonzept zur Bahn 2000 (Nr. 03/134)

Auch aufgrund der Resolution des Einwohnerrates zur Bahn 2000 hat der Kanton zusammen mit den SBB einige Studien zur Höhenlage der Bahn 2000 durch Liestal in Auftrag gegeben. Beim Inhalt der Studien geht es im Wesentlichen darum, herauszufinden, wo die optimale Höhenlage in den folgenden Standorten liegt:

1. Im Bereich Bahnhof bestehen genügend Projektunterlagen sowohl für die A-Niveau-Lage als auch für die Tieflage. Gegenstand der jetzigen Studie ist der Bahnhof A-Niveau unter Berücksichtigung von Lärmschutz, Sicherheit und Architektur.
2. Was sind die Auswirkungen bei einer tieferen Geleislage im Gebiet Schauenburg?
3. Was sind die Auswirkungen bei einer tiefen Geleislage im Altmarkt, bei gleichzeitiger Anhebung der Waldenburgerstrasse auf das heutige Bahnniveau?
4. Was für Auswirkungen hat ein Verlegen des Tunnelportals vom Galms nach Lausen?

Der Stadtrat begleitet diese laufenden Studien zusammen mit dem Stadtbauamt. Der Stadtrat wird zur Beurteilung der Ergebnisse dieser und allenfalls weiterer Studien eine stadträtliche Kommission ins Leben rufen. Damit soll ermöglicht werden, dass der Stadtrat seine Verhandlungspositionen und die längerfristige Strategie während der Verhandlungen in einem politisch breit abgestützten Gremium beraten kann. Aufgabe der Kommission wird es auch sein, den Stadtrat in seiner Öffentlichkeitsarbeit zu beraten und zu unterstützen.

Angesichts der Tatsache, dass Entscheide über den Wisenbergtunnel wohl frühestens im Jahr 2006 fallen werden, scheint es dem Stadtrat wichtig, am richtigen Ort und zur richtigen Zeit Lobbyarbeit zu betreiben und allenfalls die Bevölkerung im richtigen Moment zu mobilisieren. Bei aller Sensibilisierung der Bevölkerung für die Fragen um die Bahn 2000 wird es nicht möglich sein, eine permanente Mobilisierung über einen Zeitraum von drei und mehr Jahren aufrechtzuerhalten. Auch in diesen Fragen soll die Kommission den Stadtrat beraten und unterstützen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass eine stadträtliche Kommission zur Bahn 2000 gebildet wird.
2. Die Motion für ein Informations- und Strategiekonzept zur Bahn 2000 (Nr. 03/134) wird abgeschrieben.

Daniel Schwörer (FDP) teilt mit, seine Fraktion habe die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis genommen. Er finde es richtig, dass der Stadtrat eine Kommission einsetzen wolle, die die Entwicklung beobachte und entsprechende Empfehlungen abgebe. Es halte es für gut, wenn die Angelegenheit nicht nur ein Behördenthema wäre, sondern wenn nötig auch zum Bevölkerungsthema werde. Seine Fraktion danke dem Stadtrat für die Umsetzung. Sie sei mit der Abschreibung der Motion einverstanden.

Walter Gudenrath (SP) erklärt, auch seine Fraktion sei zufrieden mit der Antwort. Ein Zwischenbericht ab und zu würde nicht schaden. Der Antwort des Stadtrates sei zu entnehmen, das Strategiekonzept sei, die Verhandlungspositionen zu stärken und immer wieder Kontakt zum Regierungsrat aufzunehmen. Das schein seiner Fraktion auch wichtig zu sein. Es sei

derzeit sicher nicht möglich, im Detail Zielvorgaben zu definieren. Die SP-Fraktion stimme dem Bericht des Stadtrates zu.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) fügt an, auch ihre Fraktion stimme den Anträgen des Stadtrates zu. Auch ihre Fraktion sei der Meinung, es solle eine Kommission gebildet werden, die möglichst vielfältig zusammengesetzt sei.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion finde, der Stadtrat solle an dem Projekt dranbleiben und die Öffentlichkeit laufend informieren. Die Motion sei nicht abzuschreiben.

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt einstimmig davon Kenntnis, dass eine stadträtliche Kommission zur Bahn 2000 gebildet wird.
2. Die Motion für ein Informations- und Strategiekonzept zur Bahn 2000 (Nr. 03/134) wird grossmehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgeschrieben.

294 G.2.4. Mitgliedschaften und Partnerschaften der Gemeinde

6. Bericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 99/273 von Lukas Ott vom 24. November 1999 betreffend engere Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden (Nr. 99/273)

Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 23. Februar 2000 einstimmig das Postulat vom 24.11.1999 von Lukas Ott an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Abschreibung der Vorlage, nachdem die kantonalen Rechtsgrundlagen sich seither in Richtung der Forderungen des Postulanten weiterentwickelt haben und es sich bei der Forderung nach vermehrter Zusammenarbeit der Gemeinden um eine ständige Aufgabe handelt.

In verschiedenen Bereichen bestehen bereits gute Beispiele der interkommunalen Zusammenarbeit, und der Stadtrat verfolgt weiterhin beziehungsweise intensiviert, systematisiert und instrumentalisiert - durch die Einsetzung einer stadträtlichen Kommission - eine Politik der Kooperation, womit ein wesentlicher Teil der an die Stadt gerichteten Forderungen erfüllt ist.

Der Antrag des Stadtrates lautet:
Das Postulat Nr. 99/273 wird als erfüllt abgeschrieben.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fragt, ob jemand von den Grünen eine Stellungnahme abgeben wolle.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) erklärt, ihre Fraktion freue sich darüber, dass die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden systematisch angegangen werde. Sie fördere das gegenseitige Vertrauen, der Teamgeist werde gestärkt, und es könnten auch Kosten gespart werden. Ihre Fraktion finde, das Postulat sei erfüllt und sei deshalb für dessen Abschreibung.

Werner Spinnler (FDP) sagt, seine Fraktion habe den Bericht diskutiert. Sie sei erfreut darüber, dass jetzt eine Liste vorhanden sei, die sicher immer wieder durch neue Aufgaben ergänzt würde. Es sei ihm ein Anliegen, dass diese Liste im Amtsbericht immer wieder aktualisiert werde, um aufzuzeigen, wie es um die aktuelle Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden stehe. Die FDP-Fraktion stimme dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates zu.

Ernst Burkhardt (SP) meint, es sei an sich erfreulich, wenn die Zusammenarbeit gesucht werde. Die Liste sei beeindruckend. Er frage sich allerdings, ob es auf freiwilliger Basis zu viel Zusammenarbeit kommen werde. Für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit und grössere Einsparungen bräuchte es wahrscheinlich politische Entwicklungen oder wirtschaftlichen Druck. Man lebe in einem Land, in dem die Gemeindeautonomie ein Tabubereich sei. Beispiele dafür seien die Feuerwehr und die Wasserversorgung. Die Suche nach Gemeinderäten sei schwierig; vielleicht entstehe daraus ein Zwang zur Zusammenarbeit. Zu überlegen sei beispielsweise, ob die vielen Fahrzeuge in jeder Gemeinde und auch beim Kanton nötig seien. Da liesse sich ungeheuer viel Geld sparen. Es gebe viele Bereiche, in denen man zusammenarbeiten könne, aber freiwillig sei dies kaum machbar. Er wolle aber die lobenswerten Bemühungen nicht mindern. Man müsse guten Mutes bleiben.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) äussert, die Bearbeitungsdauer für das Postulat sei mit fast vier Jahren einfach zu lange gewesen. Positiv sei, dass eine Auslegeordnung über die bestehende Zusammenarbeit gemacht worden sei und die Thematik weiterbearbeitet werden

solle, wofür der Stadtrat eine Kommission einzusetzen beabsichtige. Negativ sei, dass der konkrete Ausblick in die Zukunft und in bisher nicht diskutierte Bereiche fehle. Ausserdem seien Feststellungen zur Qualitätssteigerung und zu Kostenreduktionen im Einzelfall unklar. Es gebe auch keine Bewertung der bisherigen Zusammenarbeit. Seine Fraktion sei einstimmig für die Abschreibung des Postulats. Dies bedeute allerdings keine Gesamtwertung des Berichts.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, er sei froh, dass auch kritische Voten gefallen seien. Selbstkritisch müsse er sagen, dass die ökonomische Sicht in dem Bericht fehle. Es wäre allerdings auch sehr schwierig gewesen, diese hineinzubringen. Man hätte Sachverhalte doppelspurig betrachten müssen. Beispielsweise hätte man beim Thema Spitex untersuchen müssen, wie sich der finanzielle Aspekt mit und ohne Zusammenarbeit gestalte. So etwas sei ein schwieriges Unterfangen, denn man müsste zwei Modelle wissenschaftlich begleitet über Jahre hinweg laufen lassen, um Quervergleiche anstellen zu können. Es gebe zwar bereits Kontakte zu Nachbargemeinden; es seien aber noch keine Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt, unter dem Aspekt, wo sich die Zusammenarbeit ökonomisch lohnen könnte. Man solle auch weitere Kreise als nur zu den Nachbargemeinden ziehen.

://: Das Postulat Nr. 99/273 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

295 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend (Nr. 03/163)

Stadträtin Regula Gysin erklärt die Bereitschaft des Stadtrates, das Postulat entgegenzunehmen. Es renne offene Türen ein. Der Stadtrat sei diesbezüglich an der Arbeit. Er wolle in seinem Bericht die Fragen des Postulats beantworten. Diese Fragen beträfen allerdings nur einen Teil der Arbeit, mit der sich der Stadtrat bereits befasse. Den meisten Jugendlichen gehe es gut. Nur ein Teil von ihnen bilde Randgruppen. Am stärksten zu beachten seien diejenigen Jugendlichen, die gefährdet seien, die sich in einer Entwicklungsphase befänden und verschiedenen Einflüssen ausgesetzt seien. Der Stadtrat werde einen umfassenden Bericht zum Thema abgeben. Es werde wahrscheinlich auch ein Projekt geben.

Orla Oeri-Devereux (SP) dankt dem Stadtrat dafür, dass er das Postulat entgegennimmt. Sie betont, dass die SP-Fraktion eine Situationsanalyse beantrage. Sie erachte eine solche Analyse als notwendig und dringend. Im Dezember sei die klare Botschaft vom Stadtrat erfolgt, dass seit vergangenem Sommer die Probleme mit Drogen und Gewalt massiv zugenommen hätten, unter anderem am Bahnhof Liestal. Die nationale Entwicklung gehe nicht spurlos an der Liestaler Jugend vorbei. Von einer umfassenden Analyse erhoffe sich die SP eine Grundlage für die politische Arbeit. Wenn die Fragen des Postulats beantwortet seien, könne man auch gezielt reagieren. Um Probleme zu lösen, müsse man diese zuerst erkennen. Sonst würde man an den Jugendlichen vorbeipolitisieren.

Adrian Mächler (FDP) betont, die Jugendlichen bildeten die Zukunft der Gesellschaft. Er sei froh, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei. Das gesamte Umfeld müsse angeschaut werden. Drogenmissbrauch und Gewalt seien Auswirkungen. Die Ursachen dafür seien zu ergründen. Dann käme man zu Lösungsansätzen. Man müsse gezielt Geld für Jugendliche ausgeben.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) fügt bei, die letzte umfassende Analyse sei vor rund 15 Jahren gemacht worden. In der Zwischenzeit habe auch die Arbeitslosigkeit ihre Spuren hinterlassen. Es würden namhafte Summen ausgegeben, um die Situation zu mildern. Auf der anderen Seite sehe man im Budget 2004, dass für Sport rund CHF 1,1 Millionen eingesetzt würden, für das Jugendzentrum Joy CHF 130'000.-, für die Freizeitgestaltung insgesamt CHF 160'000.-. Man müsse sich überlegen, ob die Mittel richtig eingesetzt seien. Er erwarte Hinweise auf diese zusätzliche Fragen. Seine Fraktion sei einstimmig für die Überweisung des Postulats.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) sagt, seine Fraktion unterstütze das Postulat sehr. Sie sei mit einem Teil der Jugendsituation sehr unzufrieden. Der Stadtrat solle eine politische Richtung aufzeigen. Der geplanten Jugendkommission stehe seine Fraktion kritisch gegenüber. Analysieren alleine helfe nicht; es brauche auch Geld, das der Jugend direkt zugute komme. Es sei zu befürchten, dass die Kommission Geld schlucke, das dann woanders fehle, beispielsweise derzeit im Jugendzentrum. Geld, das auch zur Verfügung stünde, weil die Jugendsozialarbeit zum Kanton übergehe und CHF 69'000.- in der Stadtkasse eingespart würden. Es werde nirgendwo aufgezeigt, wo dieses Geld hinfließe. Seine Fraktion erwarte vom Stadtrat nicht nur eine Situationsanalyse, sondern auch Optionen, die aufzeigen, was man machen könne.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

296 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte

8. Fragestunde

1. Frage, Adolf Fluri (FDP): Wie viele Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen gibt es derzeit in Liestal? Wie viele davon sind Schweizer und wie viele Ausländer? Wie gross ist der Anteil der ausländischen Bezüger an der ausländischen Wohnbevölkerung? Wie sieht das selbe bei den Ausgesteuerten aus?

Stadträtin Regula Gysin weist darauf hin, dass die Details zur Sozialhilfeempfänger-Struktur im Schlussbericht betreffend der Reorganisation Soziale Dienste im Mai erscheinen werden. Ihr lägen Zahlen vom letzten Jahr vor; das Stichdatum sei Spätsommer. Es habe zu diesem Zeitpunkt 360 Sozialhilfe-Fälle gegeben; das entspreche 1,77 Prozent der Liestaler Bevölkerung. 167 Fälle seien Schweizer und Schweizerinnen; das mache 46,3 Prozent aus. In Liestal wohnhaft seien 3300 Ausländer und Ausländerinnen; das seien 25,7 Prozent der Liestaler Bevölkerung. Darunter seien 193 Sozialfälle; das entspreche gut 53,6 Prozent der Sozialfälle insgesamt. Zur Frage der Ausgesteuerten: Erst wenn man ausgesteuert sei, könne man Sozialhilfe empfangen, vorher erhalte man Arbeitslosenunterstützung. Es gebe verschiedene Gründe, an die Sozialhilfe zu gelangen; darunter gebe es auch die so genannten Working Poor oder alleinerziehenden Mütter, die nur teilweise arbeiten könnten. Aufgrund der Revision des Arbeitslosengesetzes habe es Befürchtungen gegeben, dies könne zu einer Erhöhung der Zahl der Sozialhilfeempfänger führen. In Liestal habe es aber seit der Einführung des Gesetzes am 1. Juli vergangenen Jahres nur zehn Anmeldungen bei der Sozialhilfe gegeben.

2. Frage, Paul Lüscher (FDP): Auf der Kantonalbank-Kreuzung haben die Fussgänger neu gleichzeitig mit den Autos grünes Licht. Die Autofahrer werden mit gelben Blinklichtern gewarnt. Teilweise ist das gefährlich. Warum wurde dies so eingerichtet?

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, bei der Kantonalbank-Kreuzung sei eine weitere Schaltung installiert worden, eine sogenannte Prioritätenschaltung für den Bus. Wenn der Bus komme, schalte es beispielsweise beim Fussgängerstreifen auf rot, oder es sei eventuell schon rot. Sei der Bus vorbei, nehme der Fussgänger an, es werde für ihn wieder grün. Es sei aber möglich, dass gerade dann diejenige Phase komme, in der es rot bleibe. Das sei so zu erklären: Die Schaltung gehe immer dann, wenn der Bus durch sei, wieder auf die Ausgangsposition zurück. Das könne für die Fussgänger bedeuten, dass sie lange warten müssten. Deshalb sei die Mischphase installiert worden: Fussgänger und Autos hätten gleichzeitig grün, die Autos würden mit Blinklicht gewarnt. Die Kantonspolizei habe bis jetzt darauf nur positive Echos erhalten.

3. Frage, Paul Lüscher (FDP): Der neue Durchgang Kanonengasse-Büchelstrasse (Anna Wiedmann-Gasse) mündet in einen neuen Fussgängerstreifen. Durch einen Gebäudeteil wird die Sicht für Fussgänger und Autofahrer behindert. Warum wurde dies so gelöst?

Stadträtin Marliese Zimmermann hält fest, dies sei tatsächlich nicht gut. Paul Lüscher renne mit seinem Anliegen offene Türen ein. Die Stadtpolizei sei wegen dieser Frage in Kontakt mit dem Kanton. Es sei eine Schranke bestellt, damit die Fussgänger nicht mehr direkt in die Büchelstrasse gehen würden.

4. Frage, Paul Lüscher (FDP): Vis-à-vis vom Friedhof sind neue Häuser gebaut worden. Die Friedhofparkplätze befinden sich zum Teil direkt vor einer Zahnarztpraxis. Ältere Praxisbesu-

cher parkieren oft aus Versehen auf diesen Parkfeldern und werden dann gebüsst. Ist das angemessen?

Stadträtin Marliese Zimmermann weist darauf hin, dass diese Parkplätze nur Friedhofbenützern zur Verfügung stünden. Es sei klar, dass die Polizei immer wieder schaue, wer sich auf dem Friedhof aufhalte. Das sei auch gut so, denn sonst hätte man dort Dauerparkierer. Die Parkplätze sollten aber für die Friedhofbenutzer frei bleiben.

5. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Gibt es Neuigkeiten in Sachen Wanduhr? Die Stadt Liestal bekam eine Wanduhr geschenkt, ein Unikat von Heinrich Althaus aus Hölstein. Sie hing im Rathaus. Mehrmals war sie defekt und wurde jeweils wieder hergestellt. Jetzt ist die wertvolle Uhr nicht mehr da. Wo ist sie gelandet?

Stadträtin Regula Gysin antwortet, die Wanduhr sei zerlegt, sie sei tatsächlich defekt. Verschiedene mechanische Dinge seien kaputt. Vor knapp einem Jahr habe es eine Begehung mit dem Hersteller gegeben. Der Stadtrat habe einen Kostenvoranschlag verlangt. Die Kosten seien auf 5'000 bis 10'000 Franken geschätzt worden. In der momentanen finanziellen Situation sei es der Stadt nicht möglich, die Uhr reparieren zu lassen. Eigentlich habe man einen geeigneten Standort für die Uhr im Rathaus gefunden. Allerdings müsste man noch eine Vitrine für die Wanduhr herstellen, damit sie geschützt wäre. Dazu müsste man einen weiteren Geldbetrag aufbringen.

6. Frage, Astrid Basler, (GL/Fraumättler): Auf dem Gelände Jowa in Birsfelden wurden Leimfallen für Vögel entdeckt. Sind solche Vorfälle auch schon bei der Stadt gemeldet worden oder hat es Hinweise auf solche Vorfälle gegeben? Kann Liestal auf ihrem Gemeindegebiet ein Verbot für Leimfallen erlassen?

Stadträtin Marliese Zimmermann teilt mit, es sei noch nie ein Hinweis auf eine Leimfalle bei der Stadtpolizei eingegangen. Wichtig sei, dass solche Beobachtungen gemeldet würden. Die Materie sei von Bund und Kanton abschliessend geregelt; auf eidgenössischer Ebene gebe es das Tierschutzgesetz und auf kantonaler Ebene eine Ausführungsverordnung.

7. Frage, Astrid Basler (GL/Fraumättler): Besteht Handlungsbedarf für die Stadt Liestal, mit dem Kanton und den SBB abzuklären, ob der Ersatz der WB-Brücke durch eine neue zweigleisige SBB-Brücke mit anderen Vorhaben des öffentlichen Verkehrs kompatibel ist? Die SBB können nicht konkret sagen, ob die Brücke zum Wisenbergtunnel passen würde.

Stadtrat Heiner Karrer sagt, es sei sehr wichtig, dass die Brücke saniert werde, aus bautechnischen Gründen und weil sie viel Lärm verursache. In der Vernehmlassung habe der Stadtrat geschrieben, er befürchte, eine solche Brücke könne präjudizierende Wirkung haben auf Tief- oder Nicht-Tieflage. Dem Stadtrat sei mitgeteilt worden, dass die Investition für eine solche Brücke nicht entscheidend sein werde. Mit der Sanierung werde eine deutliche Verminderung des Lärms erreicht werden.

1. Zusatzfrage, Werner Spinnler (FDP): Jemand sollte die Brücke übernehmen, da es sich um eine historisch-technisch einmalige Sache in der Schweiz handelt. Hat der Stadtrat darüber nachgedacht, ob Liestal diese Brücke übernehmen kann?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, der Stadtrat habe diese Variante geprüft. Er fände es aber schade, wenn eine steinerne zu einer eisernen Brücke werde. Die Brücke habe verkehrspolitisch keine grosse Bedeutung, sie sei vor allem kulturhistorisch wichtig. Wenn es eine gute

Idee für eine eiserne Brücke gäbe, würde der Stadtrat dazu Hand bieten, aber nicht finanzielle Mittel investieren.

8. Frage, Astrid Basler (GL/Fraumättler): Die unterirdischen Bauten des Kasernenareals sind fertiggestellt. Muss die Stadt einen Teil der Kosten für die Kaserne übernehmen? Gibt es Vereinbarungen oder Verträge mit der Stadt betreffend einer Mitbenützung der Einstellhalle, und um wie viele Parkplätze würde es sich handeln?

Stadtrat Heiner Karrer informiert, die Parkierungsanlage im ersten Untergeschoss des Kasernenareals sei ausschliesslich für Militärfahrzeuge. Das Parkhaus würde für die Stadt Liesental ausserdem nicht günstig liegen; es hätte grosse Schwierigkeiten gegeben, die Einfahrt gut mit dem Stedtli zu verbinden. Er hoffe, dass dort, wo jetzt das Parkhaus Bücheli stehe, in absehbarer Zeit ein besseres Parkhaus gebaut werde. Ob es wieder möglich werde, zur Weihnachtszeit im Kasernenareal zusätzlichen Parkierungsraum zur Verfügung zu stellen, sei derzeit nicht bekannt.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon